

Öffentlicher Brief an die Stadtverordneten und den Magistrat der Stadt Darmstadt

Wir, Vereinigung demokratischer Studenten aus der Türkei und Jugendvereinigung e.V., schließen uns an den Appell der darmstädter Initiative der Imigranten aus der Türkei an, die Wahl des Ausländerbeirates am 7.5.1989 zu boykottieren.

Politisch halten wir es für unproduktiv, sogar für böswillig, daß gerade in dieser Zeit von aktuellen Diskussionen über Wahlrecht für AusländerInnen zum angeblich demokratischen und repräsentativen Ausländerbeirat abgelenkt wird. Anstatt öffentlich für die Menschenrechte der AusländerInnen aufzutreten und dafür zu handeln, werden den AusländerInnen solche Beiräte aufgezwungen, deren Bildung eigentlich schon Ende der 60-er Jahre erreicht werden sollte. Durch die Verzögerungstaktik der deutschen Seite wird einerseits der Kampf für das Wahlrecht und die allgemeinen Menschenrechte geschwächt, andererseits aber wird das "demokratische Gesicht" nach außen bewahrt.

Unseres Erachtens übt der Ausländerbeirat nur eine Alibi-Funktion aus und kann -wie dielangjährige Praxis in anderen Städten und selbst die Satzung des Ausländerbeirates in Darmstadt zeigen- keine Plattform des Kampfes für das Wahlrecht sein.

Auch die von der Stadtverwaltung diktierte Satzung zeigt die Alibi-Funktion des Ausländerbeirates. Dieser hat nur eine beratende Funktion und ist nicht mit entsprechenden Befugnissen und Mitteln ausgestattet. Seine auf soziale und kulturelle Ebene beschränkten Tätigkeiten unterliegen der totalen Kontrolle des Magistrats. Er hat kein Vetorecht bei Ausländerangelegenheiten und ist nicht berechtigt, die Akten, Unterlagen etc. über AusländerInnen einzusehen. Er darf lediglich seine "Bittgesuche" an die Stadtverwaltung einreichen. Und obwohl er von den AusländerInnen "demokratisch" gewählt wird, ist die endgültige Entscheidung über seine Existenz der Stadtverwaltung überlassen.

Praktisch wird die seit Jahren existierende Ausländerkommission in Ausländerbeirat umbenannt, aber mit politischen Folgen zuungunsten der AusländerInnen. Wozu dient dann dieses ganze "Demokratie"-Spielschen ?

Falls die Stadt Darmstadt wirklich an ihre entrechteten "Mitbürger" denkt, ist es nicht zu spät :

- sich öffentlich für die Menschenrechte der AusländerInnen einzusetzen und für das Wahlrecht zu plädieren
- die AusländerInnen durch ihre Vereine/Initiativen, aber auch durch eine mit Befugnissen und Mitteln ausgestattete Ausländerkommission, in das kommunale Geschehen mit einzubeziehen
- basis- und problemnahe Projekte politisch und finanziell zu unterstützen
- Beratungs- und Informationsstellen einzurichten
- bürgernahe Projekte, welche die Vorurteile abbauen und den Ethnozentrismus bekämpfen sollen, ins Leben zu rufen
- die Vereine und Initiativen, die sich mit der deutsch-ausländischer Problematik befassen, anders als bis jetzt zu unterstützen.

Der erste glaubwürdige Schritt wäre aber die demonstrative Entfernung der rassistischen Parolen an vielen Wänden Darmstadts.

TÜDÖB - Vereinigung demokratischer Studenten aus der Türkei
Jugendvereinigung e.V.

Kontaktadresse : Tüdöb, THD-Postfach 15 23, 6100 Darmstadt